

Regierungsratsbeschluss

vom 22. Juni 2009

Nr. 2009/1090

Vernehmlassung zur Revision des CO₂-Gesetzes, Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen (Erfüllung der Motion 07.3004)
Schreiben an das Bundesamt für Energie, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 25. Mai 2009 gelangt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur Revision des CO₂-Gesetzes betreffend Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen. Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Finanzdepartement, das Departement des Innern, das Volkswirtschaftsdepartement und das Amt für Umwelt zur Revision geäußert.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Revision des CO₂-Gesetzes betreffend Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Energie vom 22. Juni 2009

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst
Amt für Umwelt (Kä, mh) (2)
Finanzdepartement
Departement des Innern
Volkswirtschaftsdepartement
Ratsleitung (8)

